



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Antrag der Abgeordneten Dr. Eugen Olenickij, Josef Folis und Genossen, betreffend die Abhnderung des Reichsvolksschulgesetzes in der Richtung der bernahme dr Gehalte der Volksschullehrer auf den Staat und Gleichstellung derselben den vier unterste Rangklassen der k. k. Staatsbeamjten...", Wiedeñ

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 056.066

Data wydania oryginału

ok. 1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

56.66.

Antrag

der

Abgeordneten Dr. Eugen Dlesnickyj, Josef Holiz und Genossen,

betreffend

die Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes in der Richtung der Übernahme der Gehalte der Volksschullehrer auf den Staat und Gleichstellung derselben den vier untersten Rangklassen der k. k. Staatsbeamten.

Die Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer bildet eine der wichtigsten Fragen unserer Verwaltung. Auf keinem anderen Gebiete der Verwaltung erheben sich mehr berechnigte Postulate, ertönen mehr begründete Klagen.

Die Volksschule bildet in allen Ländern der Monarchie für den größten Teil der ländlichen Bevölkerung — in Galizien aber für die ganze Landbevölkerung — die einzige Bildungsstätte, die Volksschullehrer sind hier die echten Apostel der Aufklärung, die sie nicht nur den Schülern, sondern auch deren Eltern entgegenbringen.

Das Wirken der Volksschullehrer, insbesondere dort, wo sie mit den Bewohnern der Gemeinde mit dem Bande der Konnationalität verbunden sind, weist überall sehr bedeutende Erfolge in der Richtung der Aufklärung und kulturellen Hebung der ganzen Gemeinde auf.

Die geltenden Schulgesetze stellen an die Lehrerschaft sehr große und weitgehende Ansprüche. Die Zeiten, wo sich die Volksschullehrer in Galizien aus Kirchengängern und verunglückten Gymnasialschülern rekrutierten, sind längst vorbei. Die gegenwärtige moderne Volksschule erfordert auch in Galizien moderne, gebildete Lehrer und Lehrerinnen, die sich mit Eifer, mit Vorliebe und Selbstverleugnung ihrem schweren, erhabenen Berufe widmen.

Diesen Aufgaben und Anforderungen entsprechen aber die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer bei weitem nicht.

Die große Dehnbarkeit der im Gesetze vom 14. Mai 1869, Nr. 62 R. G. Bl., enthaltenen Bestimmungen über die Bemessung der Lehrergehälter, wie auch der Umstand, daß die Besoldung der Volksschullehrer den Landesbudgets einzelner Kronländer aufgelegt wurde, haben zur Folge gehabt, daß in verschiedenen Kronländern die Volksschullehrer sehr verschieden besoldet werden.

In den meisten Kronländern und insbesondere in Galizien stehen die Gehälter der Volksschullehrer im argen Mißverhältnisse zu den Kosten einer dem Lehrerberufe angemessenen Lebensführung und entsprechen in keiner Weise den heutigen Teuerungsverhältnissen.

Die Volksschullehrer erwarten daher mit Recht die Besserung ihrer Lage und verlangen mit Recht die Gleichstellung mit den k. k. Staatsbeamten der vier untersten Rangklassen. Eine solche Gleichstellung ist nicht nur durch die Vorbildung, aber auch durch die anstrengende Berufsarbeit der Lehrer und Lehrerinnen vollkommen gerechtfertigt.

Andererseits steht diesem gerechtfertigten Verlangen die Misere der Landesfinanzen einzelner Kronländer entgegen, welche wie in Galizien infolge immer zunehmender öffentlicher Auslagen dem Abgrunde der budgetären Defizite zugeführt wurden; es wurden bereits alle Quellen erschöpft und die Landesumlagen sind zur unmöglichen Höhe emporgestiegen. Die allgemeine prekäre Lage der Landwirtschaft, die tiefe Verschuldung der Besitzer in Galizien, der Mangel jeder Industrie beweisen zur Genüge, daß es eine reine Unmöglichkeit wäre, den wirtschaftlich schon genug geschwächten Steuerträgern weitere Lasten aufzubürden.

Trotzdem aber darf die Lösung der brennenden Frage der Volksschullehrer nicht weiter verzögert werden. Man muß nach Mitteln suchen, um dieselbe entsprechend den Postulaten der Lehrerschaft zu lösen.

Vom staatsrechtlichen Standpunkt gehört die Pflicht, die für alle Staatsbürger zugänglichen Volksschulen zu erhalten, zum Staate. Es besteht ja kein wesentlicher Unterschied zwischen denselben und den Mittel-, beziehungsweise Hochschulen, welche aus dem Staatsbudget erhalten werden.

Die Volksschulen stehen überdies in allen Kronländern unter der Leitung der Staatsbehörden und die Beschlußfassung in den wichtigsten Schulsachen ist den staatlichen Behörden vorbehalten.

Andererseits wäre es der geeignetste Weg, seitens des Staates zur Sanierung der Landesfinanzen beizutragen, wenn von dem Staate der ganze Volksschulaufwand übernommen würde, um so mehr, als diese Art der Sanierung keine neuen Verwaltungsausgaben erfordern würde.

Die Vereinigung der ganzen Schulverwaltung in den Händen der Staatsbehörden würde außerdem eine einheitliche, unparteiische und von nationalen Reibungen ferngehaltene Leitung des Schulwesens sichern, was angesichts der gegenwärtigen Zustände in den einzelnen Kronländern als höchst wünschenswert erscheint, und andererseits könnte nur auf diese Art der Lehrerschaft ihre rechtliche Stellung und Gleichberechtigung mit den anderen Staatsbeamten vollkommen gesichert werden.

Angesichts dessen beantragen die Gefertigten:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit welchem die Bestimmungen des Reichsschulgesetzes über die Volksschulen in der Richtung abgeändert werden, daß der ganze Volksschulaufwand auf den Staat übertragen und die angestellten Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen den Staatsbeamten der vier untersten Rangklassen gleichgestellt werden sollen.“

Lew Lewyckij.
Dnistriański.
Gehlyński.
Semaka.
Bl. Singalewycz.
Stefanyk.
Dr. Nojt' Lewyckij.
Dr. Eugen Lewickij.
Koleffa.
Lufaszewicz.
Ofunewskij.

Deśnickij.
Foliz.
Stocki.
Wassilkó.
Petryckij.
Dr. Holubowycz.
G. Breiter.
Dnyzkewycz.
Romanczuk.
Dr. Gehelskij.
Spenul.
Staruch.